

Pressemitteilung:

**BBU fordert zum Weltwassertag auch für Menschen, die in
Uranabbaugebieten leben, sauberes Trinkwasser**

(Bonn, 18.3.2008): Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. mit Sitz in Bonn (<http://www.bbu-online.de>) fordert anlässlich des diesjährigen Weltwassertages am 22. März, dass die Versorgung mit sauberem Trinkwasser Vorrang vor dem Uranabbau, der zur internationalen Wasserverseuchung beiträgt, haben muss.

Die Lebensgrundlage – das saubere Wasser - der Aborigines in Australien, der Dene und Cree in Kanada und der Tuareg in Afrika wird durch den Abbau des radioaktiven Schwermetalls Uran verschmutzt. Aber alle Menschen dieser Erde haben einen Anspruch auf sauberes Trinkwasser. Deshalb fordert der BBU die weltweite Einstellung des wasserverschmutzenden Uranabbaus. Es kann nicht sein, dass die Menschen in den Abbauregionen ihre Gesundheit opfern müssen, damit unsere Atomkraftwerke weiter Strom produzieren. Deutschland verfügt immer noch über Uranreserven, die aber nicht mehr gefördert werden. Unser Uranbergbau in Sachsen und Thüringen durch die Firma Wismut wurde bereits 1990 eingestellt, um die hiesige Bevölkerung zu schützen. Die Uran-Bergbaugesellschaft Wismut, die über 40 Jahre intensiv Uran gefördert hat, war einer der größten Uranbergbaubetriebe der Welt. Heute müssen Milliardenbeträge investiert werden, um die Umweltschäden des Uranbergbaus zu beseitigen, unter anderem über 300 Millionen m³ Abraumhalden, 160 Millionen m³ giftiger und radioaktiver Schlammseen und kontaminierte Aufbereitungsanlagen. Dadurch, dass etwa 15 bis 20 % dieser Sanierungskosten für die Behandlung des anfallenden, mit Uran und anderen Schwermetallen verschmutzten Wassers, eingesetzt wird, kann bei uns eine weitere Vergiftung des Trinkwassers verhindert werden. Finanzmittel, die ein Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland für den Schutz der Lebensgrundlage seiner Bevölkerung noch aufbringen kann, werden weder von den Firmen noch von den Ländern in den aktuellen großen Uranabbaugebieten zur Verfügung gestellt.

Um Atomkraftwerke zu betreiben, werden große Mengen angereichertes Uran benötigt. Dieses wird in Urananreicherungsanlagen wie die der URENCO in Gronau im Norden Nordrhein-Westfalens produziert. Hierzu wird Uran eingekauft und in technischen Anlagen behandelt, damit man das für die Atomkraftwerke nötige Uran U235 in höherer Konzentration erhält. Uran besitzt neben seinem radiotoxischen auch ein hohes chemisch-toxisches Potenzial, das z.B. eine starke Schädigung der Nieren hervorrufen kann. Schon 1998 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Uran als Gefahr fürs Trinkwasser erklärt.

Die drei gebräuchlichsten Techniken Uran zu fördern ist der Tagebau, der unterirdische Tiefbau und der Abbau mittels einer chemischen Lösung, bei dem Uran im Untergrund gelöst und an die Oberfläche gepumpt wird. Besonders billig kann das Uran in Gegenden, wo die Einwohner kaum Möglichkeiten haben sich gegen den Uranabbau zu wehren, gefördert werden. Drei Viertel des Uranerzes wird heutzutage in Regionen der Welt abgebaut, in denen indigene Völker (Ureinwohner) leben, für die eine intakte Umwelt absolut lebensnotwendig ist. Sie profitieren in der Regel nicht am großen Geschäft mit dem Uran, sondern sind die ersten, die unter den fatalen Folgen des Uranabbaus zu leiden haben. Ihr Trinkwasser wird verseucht, das

Fleisch der Tiere ist mit Schwermetallen belastet. Krebs und andere strahlenbedingte Krankheiten, Fehl- und Totgeburten sowie Behinderungen nehmen dort zu.

Einer der wichtigsten Uranlieferanten für deutsche Atomkraftwerke ist das Unternehmen „Energy Resources of Australia“. Es betreibt unter anderen die Uranmine „Ranger Mine“. In der Regenzeit laufen die Absetzbecken dieser Uranmine immer wieder über und von den Abraumhalden fließen giftige und strahlende Rückstände in die Umgebung. Mediziner sehen einen Zusammenhang zwischen der Uran-Mine und den hohen Krebsraten bei den Ureinwohnern, die hier leben – sie ist fast doppelt so hoch wie anderswo. Nach Angaben der Umweltbehörde Nord-Australien gibt es über 200 gut dokumentierte Fälle, wo wegen Lecks Abwässer in die Landschaft geschwemmt wurden. Doch die Minenbetreiber bestreiten die Gefährdungen der Bevölkerung. Stattdessen behaupten sie, der schlechte Lebensstil der Ureinwohner sei schuld am Krebs, nicht das verseuchte Wasser .

Der COGEMA-Konzern, zu dem auch die französische Wiederaufbereitungsanlage La Hague gehört, betreibt in Nordsaskatchewan in Kanada Uranminen. Durch ihren Betrieb sind in der Vergangenheit großflächige Umweltzerstörungen entstanden; unter anderem ist 1984 an der Key Lake-Mine ein Damm gebrochen, und radioaktiv belastetes Wasser in den gleichnamigen See gelangt. Schon die Rückstände der bereits in Betrieb befindlichen Uranminen vergiften das Wasser der seenreichen Landschaft und damit die Nahrungsgrundlagen für die dort lebenden Menschen. Nun soll noch mehr abgebaut werden. In der Region lebt eine von der kanadischen Regierung wenig berücksichtigte indigene Bevölkerung, wie die Dene und Cree, die als erste unter den Folgen der Wasser- und Bodenverseuchungen leiden muss. Schon seit über 15 Jahren sind bei ihnen besonders hohe Krebsraten bekannt, sowie eine Vielzahl von Fehlgeburten.

Ein weiteres Abbaugelände liegt im Norden von Niger am Rande der Sahara. Es ist der Lebensraum der Tuareg. Auch hier sollen weitere Minen entstehen, obwohl Niger schon heute der drittgrößte Produzent von Uran ist. Schon heute beträgt die radioaktive Belastung des Trinkwassers aus bestimmten Brunnen schon den sieben – bis 110 fachen Wert dessen, was die WHO als Grenzwert für zulässig erachtet. Im Januar war Almoustapha Alhacen aus dem Niger zu Besuch in Deutschland um auf das Umweltproblem seiner Heimat aufmerksam zu machen. Jede weitere Uranmine kann die durch den Abbau dieses radioaktiven Schwermetalls verursachten Probleme nur verschlimmern. Denn die zusätzliche Wasservergiftung und die Vergiftung von Nahrung entzieht den Menschen weitere natürliche Lebensgrundlagen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. wird sich weiterhin mit Bürgerinitiativen, Menschenrechtsorganisationen und Umweltverbänden im In- und Ausland gegen die Wasserverseuchung durch den Uranabbau und insgesamt für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen einsetzen. Uran, das nicht abgebaut wird, verseucht kein Trinkwasser und gefährdet die Bevölkerung weder beim Transport, noch beim Einsatz in Atomanlagen und auch nicht bei der unsicheren Lagerung. Am 6. April finden vor verschiedenen bundesdeutschen Atomkraftwerken Protestaktionen gegen deren Betrieb statt. Der BBU ruft ebenfalls zur Teilnahme an den Protesten auf. Eine Übersicht der konkreten Aktionsorte ist nach Ostern in der BBU-Geschäftsstelle erhältlich (0228-214032).

Kontakt:

Udo Buchholz, BBU-Vorstandsmitglied Tel. 02562 23125

Harald Gülzow, BBU-Vorstandsmitglied Tel. 0170 3856076

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Tel. 0228 214032